

Agrarpolitik geht uns alle an!

Beschluss vom KLJB-Herbstbundesausschuss 2010 in Bonn

Wie unsere Erde von uns Menschen behandelt wird, um unser Überleben zu gewährleisten, beeinflussen wir nicht nur beim Einkauf von Lebensmitteln, Energie und anderen Waren. Neben den individuellen Kaufentscheidungen der Konsumierenden beeinflussen politische Rahmenbedingungen den Umgang mit unseren Mitmenschen und unserer Umwelt. Auf nationaler, europäischer, internationaler und globaler Ebene werden Gesetze und Richtlinien verabschiedet, die die Rahmenbedingungen für viele öffentliche und private Einzelakteure bilden. Ebenfalls geben diese Entscheidungen die Richtung vor für die unterschiedlichen Förderungs- und Anreizsysteme, die ein möglichst „gewaltfreies“ Umsteuern einer (Fehl-) Entwicklung ermöglichen sollen.

Da wir alle von den Erzeugnissen der Landwirtschaft abhängig sind und alle eine intakte Umwelt benötigen, um seelisch und körperlich gesund leben zu können, dürfen wir die Landwirtschafts- bzw. Agrarpolitik nicht nur PolitikerInnen, LobbyistInnen und Großkonzernen überlassen. Wir wollen, dass unsere Lebensmittel, Energie und Rohstoffe für Waren ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig erzeugt werden. Es muss gelingen, die Agrarpolitik wieder mehr in die Mitte der politischen und gesellschaftlichen Diskussion und somit in unser Bewusstsein zu bringen.

Mit unserem Leitbild stellen wir unsere Idee einer zukünftigen, nachhaltigen Landwirtschaft vor. Mit unseren Forderungen an Politik und die Menschen vor Ort zeigen wir einige mögliche Wege dahin auf. Wir fordern die Einbeziehung dieses Papiers in die Diskussion zur neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2013.

Die Reihenfolge unserer Forderungen spiegelt keine Prioritätensetzung wider.

„Kernkompetenz Lebensmittel-Erzeugung“

Die Erzeugung gesunder und hochwertiger Lebensmittel hat für die Gesellschaft Priorität. Andere landwirtschaftliche Nutzungsinteressen sind wegen begrenzter landwirtschaftlicher Nutzflächen dem untergeordnet.

In der Landwirtschaft werden durch Landwirtinnen und Landwirte Leistungen erbracht, die die Versorgung des Menschen mit gesunder und hochwertiger Nahrung sicherstellen. Der politische Rahmen ist so gestaltet, dass die Landwirtschaft weltweit dieser Hauptaufgabe nachkommen kann. Die Flächennutzung zur Energiegewinnung tritt nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Der verantwortungsvolle Umgang mit Fläche beugt dem Verbrauch von landwirtschaftlichen Nutzflächen und der Zerstörung von ökologisch wertvollen Bereichen vor. Die Flächenversiegelung ist auf ein Minimum reduziert. Notwendige ökologische Ausgleichsflächen werden im Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten gestaltet.

Die Landwirtschaft macht ihre hohen und positiven Leistungen transparent. Die Politik unterstützt die Landwirtinnen und Landwirte bei dieser Aufgabe, damit diese Leistungen im Bewusstsein der Gesellschaft verankert und anerkannt sind. Die Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützen durch ihr Einkaufsverhalten die regionale, saisonale und faire Erzeugung von Lebensmitteln.

Wir fordern:

- dass **kleine und mittlere Strukturen zu Lebensmittelproduktion** erhalten bzw. gefördert werden, um die regionale Versorgung zu gewährleisten.
- dass der zunehmenden Monopolbildung im Lebensmittelmarkt Einhalt geboten wird. Es müssen die Rahmenbedingungen für ein ernstzunehmendes **Gegengewicht zu den Großabnehmern in Lebensmittelindustrie und Handel** geschaffen werden.
- durch gesetzliche Bau- und Planungsvorgaben eine entschiedene **Reduzierung des steigenden Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr**, der vor allem zu Lasten von land-/forstwirtschaftlicher Nutzfläche und Naturfläche geht.
- die zukünftige Förderung des Anbaus und der Verwendung von **Energiepflanzen**¹ daran zu knüpfen, dass der Anbau von notwendigen Lebensmitteln gewährleistet ist und **Umwelt- und Sozialstandards** eingehalten werden.
- dass in der **schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit** mehr Angebote geschaffen werden, die den Stellenwert und die Leistungen der nachhaltigen Landwirtschaft sowie die Rolle der Gesellschaft und jedes einzelnen Menschen betonen. Politik und Gesellschaft müssen hier Verantwortung übernehmen.

¹ Ausführliche Forderungen zum Anbau von Biomasse finden sich im **Beschluss „Biomasse — Anbau und Nutzung nachhaltig gestalten!“** des Herbstbundesausschusses **2007**

Nachhaltigkeit

Die Landwirtschaft geht respektvoll mit den natürlichen Lebensgrundlagen um und erhält diese auch für zukünftige Generationen. Im Sinne einer verantwortungsbewussten und ökologisch orientierten, aber auch betriebswirtschaftlich rentablen Kreislaufwirtschaft minimiert sie den Verbrauch von Ressourcen und vermeidet negative Auswirkungen auf die Umwelt. Die Politik ermöglicht dies durch entsprechende Rahmenbedingungen.

Landwirtschaft übernimmt eine besondere Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bodenfruchtbarkeit, die Artenvielfalt sowie die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen werden erhalten und gefördert. Als einer der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Wirtschaftsbereiche nimmt die Landwirtschaft eine Vorreiterrolle ein und verzichtet auf den Einsatz von nuklearen und fossilen Energieträgern.

Die wirtschaftliche und soziale Existenz der Landwirtinnen und Landwirte ist gesichert. Sowohl ökologische als auch soziale Kosten finden sich im Produktpreis wieder und machen den wirklichen Wert eines Lebensmittels sichtbar. Landwirtschaft erbringt einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wertschätzen dies durch die Bereitschaft, einen fairen Preis für die Lebensmittel zu zahlen.

Dies alles ist Ausdruck bäuerlichen Wirtschaftens. Durch verantwortungsbewusstes Wachstum sind die landwirtschaftlichen Betriebe Vorbild für andere Wirtschaftsbereiche. Für die Entwicklung innovativer Konzepte in diesem Sinne erhalten Landwirtinnen und Landwirte Freiräume und Unterstützung aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Das landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildungssystem vermittelt hohe Markt- und Sozialkompetenzen und schult in ökologischen und gesellschaftlichen Belangen.

Wir fordern:

- eine **ausgeglichene Klimabilanz** von Land- und Ernährungswirtschaft. Dazu muss der Einsatz fossiler und nuklearer Energieträger kontinuierlich verringert, und energiesparende Investitionen gefördert werden. Natürliche CO₂- Speicher müssen erhalten werden!
- Maßnahmen zum Erhalt der **Artenvielfalt**. Dazu gehört, dass sich die Forschung und die weltweite Verbreitung nicht nur auf einige wenige Hohertragssorten bzw. Hohertragsrassen konzentrieren. Wir fordern Auflagen oder staatliche Unterstützung, die den Erhalt und die aktive Weiterentwicklung regional angepasster Tierrassen und Pflanzensorten ermöglichen.
- die Überprüfung, Entwicklung und Anwendung **artgerechter Tierhaltungsverfahren** zur Erzeugung gesunder und hochwertiger Lebensmittel.
- **nachhaltiges Wassermanagement**, so dass auch der sogenannte „virtuelle“ Wasserverbrauch verringert wird.
- eine **Förderung** landwirtschaftlicher Betriebe gemäß ihrer **Leistung für die Gesellschaft und die Umwelt** - nicht ausschließlich nach Flächengröße.
- eine **Verringerung der Nährstoff-Überschüsse**, um Treibhausgasemissionen, Grundwasser- und Gewässerbelastung zu reduzieren. Dies kann zum einen über stärkere Bindung der Tierzahl an die Fläche, zum anderen über verbindliche Grenzen gehen.
- dass in der **landwirtschaftlichen Ausbildung** mehr Wert auf die Vermittlung sozialer und ökologischer Grundzusammenhänge sowie globaler Marktmechanismen gelegt wird. Eine Auseinandersetzung mit nachhaltigen Wirtschaftsweisen und alternativen Konzepten ist erforderlich. Die Ausbildung und Angebote zur Berufsorientierung für die Grünen Berufe müssen für beide Geschlechter attraktiver werden.
- Eine international geltende **Kennzeichnung** auf Lebensmitteln, die auf einen Blick zeigt, wie energieeffizient, fair und ressourcenschonend sie hergestellt wurden. Hierfür müssen zuvor geeignete und vergleichbare Maßstäbe entwickelt werden.

Regionalität

Die Landwirtschaft ist regional orientiert und ein wirtschaftliches Standbein des ländlichen Raumes und der Gesellschaft. Die Vielfalt ländlicher Räume bleibt gewahrt.

Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln, Futtermitteln und Energie erfolgt vorrangig regional und saisonal. Dadurch bleibt die Wertschöpfung der landwirtschaftlichen Produkte weitestgehend in der Region. So werden ländliche Räume gestärkt und Transportwege vermieden. Es bilden sich langlebige Handelsbeziehungen vor Ort, die von Transparenz und Vertrauen zwischen VerbraucherInnen und Produzierenden geprägt sind.

Der Landwirtschaft sind viele Arbeitsplätze auf dem Land und in der Stadt – beispielsweise in der Verarbeitung, im Handel, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich – vor- und nachgelagert. Sie gibt Impulse für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. So bietet sie auch jungen Menschen eine Perspektive und trägt zu einem vielfältigen Arbeitsmarkt auf dem Land bei. Dieser wird durch ein ausreichendes Angebot an Infrastruktur und Versorgungseinrichtungen gestärkt. Regionale Netzwerke werden genutzt, um sich gegenseitig zu unterstützen und voneinander zu lernen

Wir fordern:

- dass ein **fairer Interessenausgleich zwischen den Beteiligten** innerhalb der Wertschöpfungsketten sichergestellt wird. Notwendig ist ein politischer Rahmen, der Unternehmen zu einem fairen Umgang mit ErzeugerInnen, LieferantInnen und Beschäftigten sowie der Beteiligten untereinander verpflichtet.
- Steuergelder zukünftig nicht in eine weitere Zentralisierung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen zu investieren, sondern zur **Stärkung regionaler Produkte und Märkte**, für besondere Qualitätserzeugnisse, zur Sicherung der noch vorhandenen (sozialversicherten) Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und zur Bildung langlebiger Handelsbeziehungen vor Ort.
- Verbraucherinnen und Verbraucher dazu auf, Regionalinitiativen, handwerkliche Lebensmittelverarbeitung und Regionalvermarktung durch ihr Konsumverhalten zu unterstützen und damit **regionale Wirtschaftskreisläufe** zu stärken. Politik muss dies durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen.
- den Ausbau und die Förderung von **Infrastruktur- und Bildungsmaßnahmen** zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, zur Minimierung der Transportwege, zur Schaffung von Jobperspektiven in der Region und zur Stärkung regionaler Netzwerke.
- insbesondere die kirchlichen, öffentlichen und verbandlichen Einrichtungen auf, die regionalen Wirtschaftskreisläufe durch ihre **Einkaufs- und ihre Vergabepolitik** zu unterstützen.
- dass der ländliche Raum als „Heimat der Landwirtschaft“ an Attraktivität gewinnt. Notwendig ist es dabei **soziale und kulturelle Einrichtungen des täglichen Lebens** im Ort weiter zu verankern und zu fördern.

Globale Verantwortung – Global denken, lokal handeln

Die Landwirtschaft in Europa übernimmt globale Verantwortung und trägt weltweit im Sinne des Konzepts der Ernährungssouveränität zu einer nachhaltigen und existenzsichernden Landwirtschaft bei. Sie produziert vorrangig für den eigenen Markt.

Die weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen schließen einen rein nationalen oder europäischen Blickwinkel aus. Der Welthandel ist so gestaltet, dass neben dem Ziel der Ernährungssicherung auch die Ernährungssouveränität gewährleistet ist.

Selbstversorgung, lokaler und regionaler Handel haben Vorrang vor Exporten und Welthandel. Für Erzeugnisse, deren Bedarf von den jeweiligen Ländern nicht selbst gedeckt werden kann, existieren faire Handelsbeziehungen. Alle Länder haben die Möglichkeit und das Recht, sich vor Billigimporten zu schützen. Alle Arten von Exportverbilligungen sind abgeschafft.

Wenn in Europa landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Drittländern eingekauft werden, geschieht das verantwortungsbewusst. Verbindliche Standards für die Produktion in Bezug auf Nachhaltigkeit, Ökologie und soziale Verantwortung werden eingehalten.

Wir fordern:

- dass die EU-Agrarwirtschaft **vorrangig auf regionale Vermarktung** und nicht auf Export **auszurichten** ist.
- alle Arten von **Exportverbilligungen abzuschaffen** und die **Direktzahlungen² an soziale und ökologische Kriterien** zu koppeln.
- hohe **Hürden**, Auflagen und Obergrenzen **bei Landnutzungsänderungen** ökologisch wertvoller Flächen z.B. Grünland, Regenwald oder Moore – weltweit.
- eine Regulierung der existenzbedrohenden **Nahrungsmittel- und Flächenspekulation**. Landnahme muss durch gesetzliche Vorgaben **verhindert** werden.
- die Initiierung und Unterstützung von Angeboten, die LandwirtInnen verschiedener Regionen weltweit in **Dialog** bringen.
- den **einheimischen Leguminosenanbau³ so zu fördern**, dass die hohen **Eiweißfuttermittelimporte** für die europäische Landwirtschaft aus vorwiegend südamerikanischen Ländern **reduziert werden**.
- das Recht für Regierungen, ihre **lokalen Märkte** vor Billigimporten und Dumpingpreisen aus dem Ausland schützen zu können.
- von jeder und jedem Einzelnen einen **verantwortungsvollen Konsum**, bei dem faire Preise und Herkunft der Produkte über den Kauf entscheiden.

² **Direktzahlungen** sind direkte Geldzahlungen des Staates an die Landwirte mit dem Ziel, deren Einkommen zu erhöhen. Direktzahlungen sind nicht produktgebunden.

³ **Leguminosen** sind zum einen Hülsenfrüchte (auch Körnerleguminosen genannt, z.B. Erbsen, Ackerbohnen, Lupinen, Wicken, Erdnüsse) und zum anderen kleeartige Futterpflanzen (z.B. Luzerne, Rotklee, Esparssette). Leguminosen sind für Tierfutterbereitung nützlich, weil sie viel Eiweiß enthalten. Zur Gründüngung werden sie ebenfalls gerne genutzt, weil sie den Boden mit Stickstoffdünger anreichern, den sie mit Hilfe von Bakterien an ihren Wurzeln aus der Luft gewinnen.

Verantwortlicher Umgang mit Forschung und Technologie

Die Landwirtschaft steht technologischen Verbesserungen prinzipiell offen gegenüber. Der Einsatz dieser findet nur nach sorgfältiger Überprüfung statt, wenn deren Risiken und Folgen eindeutig abschätzbar und verantwortbar sind. Leben ist keine technische Neuerung und kann deshalb nicht patentiert werden.

Landwirtschaft beruht auf dem über Jahrhunderte optimierten, traditionellen bäuerlichen Wissen und Wirtschaften. Sie nutzt und bewahrt Erfahrungen und ergänzt sie um neue Kenntnisse und Fertigkeiten. Die neuen Kenntnisse und Fertigkeiten setzt sie aber nur dann ein, wenn diese von gesamtgesellschaftlichem Nutzen sind und wenn sie deren Risiken abschätzen und verantworten kann. Deswegen wird auf den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen verzichtet. Das Vorsorgeprinzip ist ein wichtiges Element der nachhaltigen Landwirtschaft. Nach diesem Prinzip vermeidet die Landwirtschaft Risiken, die die Gesundheit von Mensch und Tier oder die natürlichen Lebenskreisläufe gefährden könnten. Dabei wird die Landwirtschaft durch eine praxisnahe sowie unabhängige staatliche Forschung unterstützt. Die Politik setzt die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Wir fordern:

- ein generelles **Verbot von Patenten auf Leben**⁴.
- ein **Verbot für die Freisetzung**⁵ und das **Inverkehrbringen**⁶ gentechnisch veränderter Organismen (GVO), da die Risiken nicht abschätzbar sind.
- Eine **unabhängige Forschung** zu den Auswirkungen und Risiken der Gentechnologie.
- dass bei erfolgter Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen die **Anbau- und Nachweisregelungen** gentechnisch veränderter Pflanzen **nach dem Verursacherprinzip** gestaltet werden. Die Kosten für die Absicherung der Wahlfreiheit müssen in Zukunft von der Gentechnikindustrie, nicht von der gentechnikfreien Wirtschaft getragen werden.
- eine verpflichtende und deutliche **Kennzeichnung** von gentechnisch veränderten Produkten⁷, auch von tierischen, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wahlfreiheit gewährleistet.
- eine **Aufwertung des Vorsorgeprinzips**⁸ hinsichtlich der Forschung zu und des Inverkehrbringens von neu geschaffenen Organismen in Gesetzgebungs-, Zulassungs- und Genehmigungsverfahren.
- staatliche **Forschungsförderung** für die praxisnahe Weiterentwicklung von traditionellem, regionenbezogenem bäuerlichem Wissen. Hier ist mindestens eine Gleichstellung mit der industriell orientierten Agrarforschung erforderlich.
- eine stärkere Einbeziehung aktiver LandwirtInnen bei der **Mittelvergabe von landwirtschaftlichen Forschungsgeldern**.

⁴ Ausführliche Forderungen hierzu finden sich im **Beschluss: „Keine Patente auf Leben“** des Herbstbundesausschusses **2010**

⁵ Unter „**Freisetzung**“ versteht man die örtlich und zeitlich begrenzte Ausbringung eines gentechnisch veränderten Organismus (GVO) in die Umwelt. Dabei kann es sich um eine Pflanze, ein Tier oder einen Mikroorganismus handeln, der außerhalb eines geschlossenen Systems, beispielsweise eines Labors oder Gewächshauses, absichtlich in die Umwelt ausgebracht werden soll. Quelle: BVL

⁶ Der Begriff „**Inverkehrbringen**“ von GMO oder Produkten, die GMO enthalten, bezieht sich auf die Abgabe an Dritte. Zum Beispiel durch Abgabe an Zwischenhändler oder Endverbraucher.

⁷ Aktuell liegt die **Kennzeichnungspflicht** bei Lebens- und Futtermitteln bei einem Anteil gentechnisch veränderter Organismen (GVO) von über 0,9%. Wenn nicht nachweisbar ist, dass die gentechnische Verunreinigung „zufällig“ oder „technisch unvermeidbar“ ist, müssen Produkte bereits bei geringeren Anteilen GMO gekennzeichnet werden. Die KLJB fordert eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht ab der technisch möglichen Nachweisgrenze (aktuell 0,1%). Siehe hierzu auch **Beschluss: „Gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft“**, des Frühjahrsbundesausschusses **2004**.

⁸ Das **Vorsorgeprinzip** zielt darauf ab, trotz fehlender Gewissheit bezüglich Art, Ausmaß oder Eintrittswahrscheinlichkeit von möglichen Schadensfällen vorbeugend zu handeln, um diese Schäden von vornherein zu vermeiden. Es verlangt den vorausschauenden Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier und der Umweltgüter. Das Vorsorgeprinzip hat auch ökonomische Ziele, denn die Beseitigung von Umwelt- oder auch gesundheitlichen Schäden ist oft um ein Vielfaches teurer als die Vermeidung.

Flächendeckende Landwirtschaft - Kultur erhalten und schaffen

Eine vielfältige, flächendeckende Landbewirtschaftung ist die Regel, um die Kulturlandschaft und die Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern.

Landwirtschaft hat neben der Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln vielfältige Funktionen. Sie gestaltet, pflegt und entwickelt die Kulturlandschaft in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Dabei erhält und pflegt sie vielfältige Erholungs- und Lebensräume für Tiere, Pflanzen und Menschen. Sie produziert Rohstoffe, ist ein Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor im ländlichen Raum und wichtiger Bestandteil der ländlichen Lebenswelt. Nur mit einer flächendeckenden und nachhaltigen Landwirtschaft können auch in Zukunft diese vielfältigen Funktionen erfüllt werden. Leistungen der Landwirtschaft, die dem Gemeinwohl dienen und sich nicht im Produktpreis abbilden lassen, werden von der Politik transparent gemacht und finanziell ausgeglichen.

Landwirtschaft leistet einen Beitrag für die Kultur und das Zusammenleben in den Dörfern. Sie bringt einen reichen Erfahrungsschatz, das Wissen über ökologische Kreisläufe und eine enge Verbindung zu unseren natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Wir fordern:

- eine **integrierende Politik für ländliche Räume**, in der Landwirtschaft nicht mehr isoliert betrachtet wird und ihre besondere Rolle zum Ausdruck kommt.
- die **Entwicklung alternativer Lebens- und Betriebsformen** wie Betriebskooperationen, überbetriebliche Selbsthilfe oder die Bildung von Genossenschaften administrativ zu unterstützen. Somit entsteht eine vielfältigere Landwirtschaft, die für unterschiedliche Gesellschaftsgruppen attraktiv ist.
- die **Erhaltung einer flächendeckenden Landwirtschaft** insbesondere durch die Unterstützung benachteiligter Gebiete.
- Initiativen und Maßnahmen, welche die **regionaltypischen Landschafts- und Kulturformen stützen**. Durch sie werden abwechslungsreiche und ästhetisch ansprechende Kulturlandschaften erhalten bzw. regionaltypisch gestaltet.
- eine besondere **Förderung** - gerade im Forschungsbereich - **für den ökologischen Landbau⁹**.

Abstimmungsergebnis:

___19___ Ja
_____ Nein
___4___ Enthaltungen

⁹ Der **Ökologische Landbau** ist aufgrund seiner herausragenden pflanzen-, tier-, boden- und gewässerökologischen Vorteile als Schlüsseltechnologie für die Zukunft anzusehen. Nur durch nachhaltige Wirtschaftsweisen können die zukünftigen, weltweiten Herausforderungen wie rasanter Schwund der Artenvielfalt, Ressourcenverknappung, Umweltvergiftung gemeistert werden.